

2. Dezember 2021, 18:52 Uhr Neues Bauministerium

Die Chance

Wie gut ist das, was SPD, Grüne und FDP über das Bauen ausgehandelt haben? Ein Blick in den Koalitionsvertrag macht Hoffnung, aber auch Sorgen. Eine Warnung.

Gastbeitrag von Lamia Messari-Becker

Der Koalitionsvertrag und seine Entstehung machen Hoffnung. Es weht ein Geist von Aufbruch und der Anerkennung gesellschaftlicher Realitäten. Das Ende von Paragraph 219a, bessere Kindergrundsicherung, modernes Sorgerecht, Wählen mit 16, eine junge Außenministerin, eine Frau an der Spitze des Bundestags. Und nun mit Cem Özdemir der erste Minister mit Migrationshintergrund (viel zu wenig, viel zu spät, viel zu gezwungen, aber ein Anfang). All das zeigt endlich ein Land, das schon lange fortschrittlich ist. Nur ist das bislang noch nicht in der Politik angekommen.

Die Koalition repräsentiert ein gesellschaftliches Spektrum von modernen urbanen bis hin zu traditionellen ländlichen und kleinstädtischen Milieus. Wichtig ist nun, wie die Ministerien die Umsetzung der Ziele bewerkstelligen und wie sie Brücken schlagen wollen. Deutschland kann unter der Prämisse der ökologischen Nachhaltigkeit Wohlstand und sozialen Frieden nur sichern mit Veränderungen, die in den Lebensalltag der Menschen eingreifen. Diese betreffen besonders die Bereiche Klima und Verkehr und damit auch Bauen, Wohnen und Lebensraumplanung. Ich freue mich, dass viele Ideen, die ich vertrete, im Koalitionsvertrag stehen: Quartiersansätze, Gebäuderessourcenpass, kommunale Wärmepläne, Sanierungsfahrpläne, CO₂-basierte KfW-Förderung, kommunales Bauen, Baureform, Nutzungsgemischte Stadt. Und ein eigenständiges Ministerium für Bauen und Wohnen – ein Meilenstein nach 22 Jahren Nomadendasein. Jetzt kommt es auf die konkreten Instrumente an, den Zuschnitt der Ministerien, die Priorisierung der Themen, das Antizipieren von Konfliktlinien und Folgeeffekten sowie fachkompetentes Personal. Denn es gibt dramatische Zielkonflikte:

1. Mehr Bauen vs. mangelnde Kapazitäten vs. Flächenverbrauch

400 000 neue Wohnungen, Zigtausende neue Solardächer und Windkraftträder stehen schon jetzt mangelnden Kapazitäten im Baugewerbe gegenüber. Die Branche ist überaltert und kann

den Nachwuchs schon für reguläre Aufgaben kaum sichern. Und: Wetterextreme machen Arbeiten auf Baustellen an immer mehr Tagen im Jahr unmöglich. Nötig sind langfristige Investitionspläne, um den Aufbau von Kapazitäten und Weiterbildung anzuschieben. Neubauen wiederum steht Flächenreduktionszielen entgegen. Ohne Umbaurecht, Flächeneffizienz und Bestandspotenziale wird es schwer, flächenschonend zu agieren.

2. Energetische Sanierung vs. Bezahlbarkeit

Das Ziel der energetischen Sanierung von Einfamilienhäusern steht den dafür nötigen enormen Kosten gegenüber, die viele Hausbesitzer jenseits der 60 oder Familien mit kleinem Einkommen nicht aufbringen können, geschweige denn Mieter und Mieterinnen, die keinen Einfluss haben.

3. Effizienzstandard vs. indirekter Zwang zur teuren Stromheizung

Das Ziel Effizienzhaus 70 im Altbau (ab 2025 nur noch Heizungen mit 65 Prozent erneuerbarem Anteil) kollidiert mit der absehbaren Folge, Eigentümer indirekt zur Stromheizung zu zwingen. Denn 65 Prozent sind mit Gas und Solarthermie nicht erreichbar. Was bleibt, ist die Wärmepumpe auf Strombasis. Bei den jetzigen Strompreisen wird das für viele Menschen sehr teuer. Beim Öko-Stromangebot und -bedarf ist es auch energiepolitisch nicht zu Ende gedacht. Hier sollte die Koalition Technologieoffenheit zulassen, um unterschiedlichen Gegebenheiten (Gebäudezustand, Optionen vor Ort, baukulturelle Aspekte) gerecht zu werden.

4. Kostenbeteiligung für alle vs. individuelle Lebenslagen

Die Aufteilung der CO₂-Abgabe zwischen Vermietern und Mietern soll die Gebäudeenergieklasse berücksichtigen. Diese Differenzierung ist sinnvoll. Das Nutzerverhalten wird dann in den Blick geraten. Aber nicht jeder heizt und lüftet falsch und treibt so die Heizkosten in die Höhe. Viele benötigen schlicht mehr Raumwärme, etwa ältere oder bewegungseingeschränkte Menschen.

5. Quartiersansätze vs. starre Strukturen

Dem überfälligen Ziel, im größeren Handlungsfeld "Quartier" gemeinsame Projekte, etwa Sanieren, Energiegewinnung, Mobilitätsangebote, zu ermöglichen, stehen rigide Strukturen im Planungsrecht und in der Verwaltung gegenüber. Ohne eine Art Quartier-Governance, die Akteure unterschiedlicher Interessen und Möglichkeiten in der Stadt und auf dem Land zusammenbringt, bleibt der Ansatz ein frommer Wunsch.

6. Klimaschutz vs. Klimaanpassung

Die deutliche Fixierung auf langfristige Strategien des Klimaschutzes kollidiert mit den dringend nötigen Klimaanpassungsmaßnahmen, die sofort erfolgen müssen, um unsere Lebensräume überlebensfähig zu machen (siehe Flutkatastrophe). Zwar wollen Bund und Länder Klimavorsorge und Klimaanpassung gemeinsam finanzieren. Doch das reicht nicht. Es fehlt eine Infrastruktur-Offensive, die Klimaschutz und Klimaanpassung verbindet. Denn wir brauchen beides, und leider sofort.

7. Fokus auf Wind und Sonne vs. Chancen durch Diversifizierung

Der Wunsch nach pauschalen Lösungen und dem massiven Ausbau von Solar- und Windkraft steht an vielen Stellen den spezifischen und kleinteiligen lokalen Lösungen gegenüber, die oft zielorientierter sind. Beispielsweise sind Photovoltaik-Dächer weder überall möglich noch überall sinnvoll oder wirtschaftlich. Es bestünde stattdessen die Chance, die wacklige Energiewende zu diversifizieren, mit Biomasse, Erdwärme, Wasserstoff und Abwärme sowie Technologien (Blockheizkraftwerke, digitale Vernetzung).

8. Klimaschutz vs. Naturschutz

Klimaschutz - man will es kaum glauben - kollidiert mit Naturschutz. Die Koalition erhebt die Erneuerbaren zum Element der öffentlichen Sicherheit. Donald Trump tat dies für die Stahlindustrie. Das ist der falsche Weg. Der Ausbau der Erneuerbaren auf Kosten von Naturschutz hieße, wir haben nicht verstanden, warum wir die Erde schützen. Früher baggerte man Dörfer für Kohle weg, heute siedelt man Menschen für Windkraft um? Dabei wäre das unnötig. Die Lösung: Fläche multifunktional nutzen, für Windkraft- und PV-Anlagen, Letztere modular aufbauen, bei Wartung (der Windanlagen) abmontieren. Das spart Fläche und steigert den Ertrag. Technologieoffene, innovative Ideen lohnen sich, um Ausbauziele zu erreichen; die Zerstörung von Natur niemals.

Wenn wir diese Konfliktlinien nicht erkennen und vorausschauend Lösungen entwickeln, wird aus dem Koalitionsvertrag ein Kollisionsvertrag. Was wir brauchen, sind politische Entscheider und Entscheiderinnen, die ohne ideologische und technologische Scheuklappen pragmatische Wege finden, neue Allianzen schmieden und konkrete Lösungen entwickeln, die sozial verträglich und nachhaltig sind und unsere Innovationsstärke nutzen und sichern. Und ganz wichtig: die in der Lage sind, die Menschen mitzunehmen.

Wir brauchen auch Mut, mehr Fachleute in die Regierung zu berufen, die Erfahrung mit solchen Prozessen haben. Bei allem Fortschritt, den man verspürt: Die Auswahl der Minister und Ministerinnen folgt bisher üblichen Ritualen: politische Flügel, Geschlecht, regionale Verteilung. Wichtig wäre es, Kompetenz aus der Praxis einzubinden. Ein Vorschlag: In allen Ministerien, die mit diesen Veränderungsprozessen zu tun haben, sollte ein Staatssekretärsposten mit Experten besetzt werden. Mehr Fortschritt wagen, auch hier!

Die Proteste gegen die Arbeitsmarktreform 2005, Corona oder die Gelbwesten in Frankreich haben uns gezeigt, was passiert, wenn Veränderungen, die massiv in den Lebensalltag der Menschen eingreifen, nicht klug gesteuert und erklärt werden. Wir haben durch Corona bereits einen Riss in unserer Gemeinschaft und undemokratische Kräfte, die nichts unversucht lassen werden, entlang der genannten Themen diesen Riss zu vergrößern. Zugleich gibt es mit "Fridays for Future" eine wichtige Bewegung, die zunehmend zeigt, dass sie keine Geduld und kein Verständnis für demokratische Prozesse und die Behändigkeit gesellschaftlichen Wandels aufbringt - hier drohen Konflikte und neue Gräben statt der dringend nötigen Brücken.

Die Sache sollte nun nicht ausgehen wie bei Karl Valentin - nach dem Motto: "Mögen hätte ich schon wollen, aber dürfen habe ich mich nicht getraut." Deutschland hat die Riesenchance auf ein neues Wohlstands-Zeitalter, das sozialer, nachhaltiger, innovativer und digitaler ist. Eine gute inhaltliche Grundlage wurde vorgelegt. Über unsere Zukunft entscheidet die Umsetzung, hoffentlich nicht in Valentins Sinn.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5478383

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/zig/lawe

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.